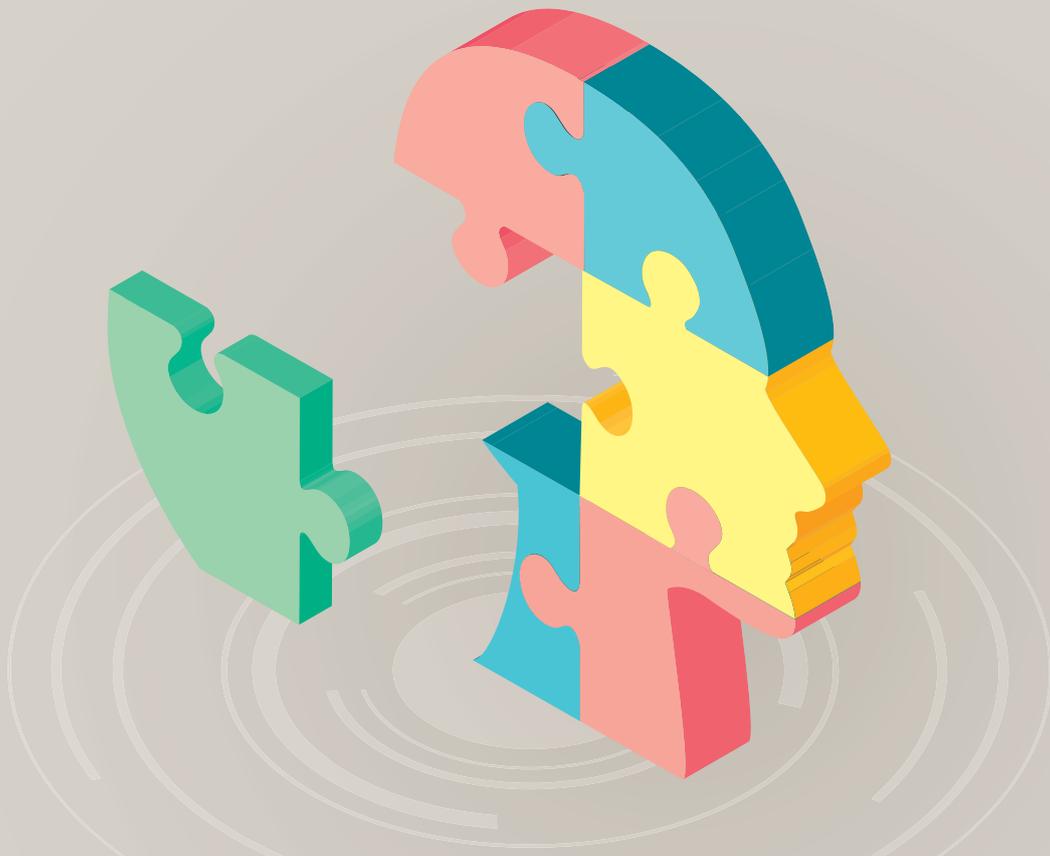


Die Lernrückstände der Azubis



Auszubildende. Die Pandemie ist auch an den knapp 1,3 Millionen jungen Leuten, die in Deutschland eine duale Berufsausbildung absolvieren, nicht spurlos vorübergegangen: Fast 70 Prozent weisen nach Auffassung ihrer Ausbilder Wissenslücken auf. Allerdings bemühen sich die Unternehmen sehr darum, ihren Nachwuchs wieder fit zu machen – beispielsweise mittels Nachhilfe. Dass das Lernen im Betrieb indes keine Einbahnstraße ist, erläutert IW-Expertin Paula Risius im iwd-Interview: In vielen Firmen bringen mittlerweile Auszubildende ihren älteren Kollegen etwas bei. —> [Seiten 2-5](#)

Russland

Die Sanktionen des Westens sowie die starke Abhängigkeit vom Rohstoffsektor werden die russische Volkswirtschaft mittelfristig weit zurückwerfen.

—> [Seiten 6-7](#)

Staatshilfen

Von einigen Maßnahmen im Rahmen der Entlastungspakete der Bundesregierung profitieren Wohlhabende deutlich mehr als Geringverdiener.

—> [Seite 12](#)

Wie groß sind die Corona-Lücken?

Auszubildende. Fast zwei Drittel der Azubis mussten pandemiebedingt zumindest zeitweise auf Distanz lernen und arbeiten. Welche Auswirkungen dies auf den Wissensstand der Auszubildenden hat, zeigt eine Befragung von Ausbilderinnen und Ausbildern durch das Institut der deutschen Wirtschaft.

Konditorlehrlinge, die nichts backen konnten, angehende Verkäufer, die keinerlei Kundenkontakt hatten, Auszubildende in Büroberufen, die ihren Arbeitsplatz nicht betreten durften: Von den coronabedingten Lockdowns waren junge Leute, die mitten in der Ausbildung steckten, besonders stark betroffen.

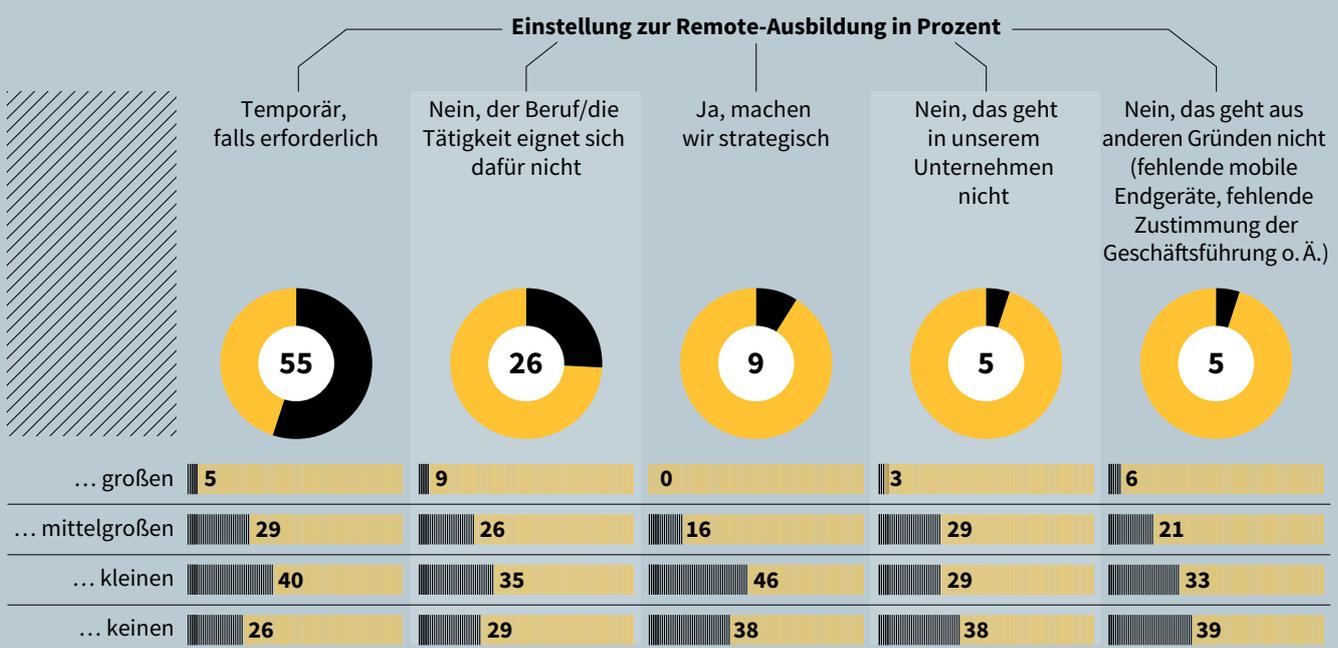
Denn wie soll man einen Beruf erlernen, den man monatelang kaum praktisch ausüben kann?

Viele Betriebe haben deshalb versucht, das Lernen und Arbeiten ihrer Auszubildenden auf Distanz zu organisieren. Doch wie gut hat das funktioniert? Und inwieweit wurde der Lernerfolg der jungen Leute

beeinträchtigt? Diesen Fragen ist das Institut der deutschen Wirtschaft im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts NETZWERK Q 4.0 nachgegangen. Rund 670 Ausbilder, Ausbildungsleiter sowie Ausbildungsbeauftragte wurden sowohl nach den Wissenslücken der Azubis

Distanzlernen: So groß sind die Wissenslücken der Azubis

So viel Prozent der Ausbilder sagen, dass das Distanzlernen in ihrem Unternehmen bei den Auszubildenden zu ... Lernrückständen geführt hat



Befragung von 674 Ausbilderinnen und Ausbildern zwischen Februar und Mai 2022
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

als auch nach den dagegen ergriffenen Maßnahmen befragt.

Die gute Nachricht: Zwar berichten rund 70 Prozent der Ausbilder von Lernrückständen bei ihren Azubis aufgrund des Distanzlernens, doch nur knapp 6 Prozent stellen große Lücken beim Nachwuchs fest. Meist registriert das Ausbildungspersonal nur kleine Lernrückstände – dies ist bei 39 Prozent der Fall. Weitere 27 Prozent sehen mittlere Lernrückstände.

Wie groß die Lerneinbußen ausfallen, hängt zum Großteil davon ab, ob überhaupt digitale Ausbildungsmöglichkeiten als Ausgleich zum herkömmlichen Arbeitsalltag angeboten werden. Rund jeder dritte befragte Ausbilder vermittelt keine Ausbildungsinhalte und Tätigkeiten über das Distanzlernen. Dafür gibt es verschiedene Gründe: So lässt sich die Arbeit mit Werkzeugen oder mit größeren technischen Anlagen nur bedingt digital vermitteln. Und in manchen Betrieben fehlen auch mobile Endgeräte. Das hat Folgen (Grafik Seite 2):

Die Ausbilderinnen und Ausbilder jener Betriebe, in denen Ausbildungsinhalte nicht mithilfe digitaler Tools vermittelt werden können, berichten mit 9 Prozent am häufigsten von großen Lernrückständen ihrer Azubis.

In Unternehmen, in denen das Distanzlernen strategisch eingesetzt wird, sehen Ausbilder dagegen keine großen Lernrückstände unter den Auszubildenden. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass in Betrieben mit strategischem Distanzlernen die betrieblichen Abläufe bereits stärker digitalisiert sind. Denkbar wäre auch, dass Ausbilder vor allem dann Distanzlernen gezielt einsetzen, wenn sie besonders leistungsstarke Auszubildende betreuen, die seltener mit Lernproblemen zu kämpfen haben. Ebenfalls möglich ist, dass

Ausbilder, die Distanzlernen systematisch einsetzen, in der didaktischen Umsetzung von digitalem Lernen schon stärker fortgeschritten sind als ihre Kollegen in anderen Unternehmen und so die verschiedenen Lernbedürfnisse der Azubis gut auffangen können.

Und was tun die Unternehmen, damit die Auszubildenden das Versäumte nachholen können? Eine ganze Menge: Knapp 90 Prozent der befragten Ausbilder gaben an, Maßnahmen zum Aufholen von Lernrückständen anzubieten, nur 10 Prozent wenden dafür keine Ressourcen auf. Das große Engagement verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass im Schnitt rund sieben von zehn Auszubildenden nach ihrer Ausbildung übernommen werden. Und so helfen die Betriebe ihren Azubis im Detail (Grafik):

Mehr als 80 Prozent der Ausbilder unterstützen die Auszubildenden intensiver bei den Prüfungsvorbereitungen, um Lernrückständen entgegenzuwirken.

Rund 80 Prozent der Ausbilder nehmen sich auch unabhängig von Prüfungen mehr Zeit, um die Auszubildenden zu fördern. Betriebliche Nachhilfe bieten mehr als 70 Prozent an. Zudem zeigen sich 60 Prozent der Befragten sehr flexibel, was das spätere Nachholen praktischer Ausbildungsphasen angeht.

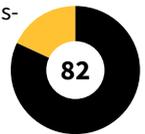
Darüber hinaus arbeitet ein Drittel der Befragten mit anderen Unternehmen oder externen Partnern zusammen. Dies kann beispielsweise gemeinsamer Förderunterricht sein oder auch die Kooperation mit der Berufsschule oder überbetrieblichen Bildungsstätten.

Ein Viertel der Ausbilder ermöglicht ihren Azubis zudem, die Ausbildungszeit zu verlängern. Diese Maßnahme verursacht bei den Unternehmen erhebliche Zusatzkosten, da unter anderem die Ausbildungsver-

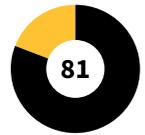
Corona-Folgen: So unterstützen die Betriebe ihre Azubis

So viel Prozent der Ausbilder wenden diese Maßnahmen an, um coronabedingte Lernrückstände ihrer Auszubildenden zu berücksichtigen oder abzubauen

Wir unterstützen unsere Auszubildenden intensiver als sonst in der Vorbereitung auf die Zwischen- und Abschlussprüfung



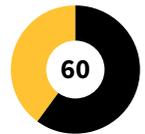
Wir nehmen uns mehr Zeit für die Begleitung und Förderung unserer Auszubildenden



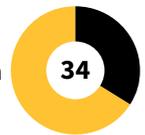
Wir bieten zusätzlichen innerbetrieblichen Unterricht/Nachhilfe an



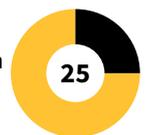
Wir haben praktische Ausbildungsphasen später nachgeholt



Wir arbeiten mit anderen Unternehmen und externen Partnern zusammen



Wir geben in Rücksprache mit den zuständigen Stellen die Möglichkeit, die Ausbildung zu verlängern



Befragung von 625 Ausbilderinnen und Ausbildern zwischen Februar und Mai 2022
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

gütungen für den verlängerten Zeitraum weitergezahlt werden müssen und auch die Ausbilderinnen und Ausbilder länger als üblich mit der Betreuung der Azubis beschäftigt sind. Dass Unternehmen diesen Aufwand dennoch betreiben, zeigt, dass der Ausbildungserfolg für sie einen hohen Stellenwert besitzt.

IW-Report 52/2022

Regina Flake, Filiz Koneberg, Paula Risius:
Lernrückstände durch Corona in der dualen Ausbildung
iwkoeln.de/lernrueckstaende

Das große Datenleck

Auszubildende. Digitale Technologien zu nutzen, ist für junge Leute mehr oder minder selbstverständlich. Während das Kommunizieren, Recherchieren und Lernen mittels digitaler Tools nicht erst mühsam erlernt werden müssen, haben Azubis im Umgang mit der Datensicherheit noch großen Nachholbedarf.

Wenn junge Leute eine Ausbildung beginnen, sind ihre digitalen Kenntnisse grundsätzlich ziemlich gut – das sagen zumindest ihre Ausbilderinnen und Ausbilder, die das Institut der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2022 dazu befragt hat. Die Anwendung von berufs- und fachspezifischer Software sowie die Fähigkeit, angemessen über digitale Kanäle kommunizieren zu können, sind in der Regel kein Problem für die Azubis. Hinsichtlich einer der für die ausbildenden Unternehmen wichtigsten Kompetenzen gibt es allerdings Lücken (Grafik):

Nur 16 Prozent der Ausbilderinnen und Ausbilder sind der Auffassung, dass ihre Azubis gute Vorkenntnisse zum Datenschutz und zur Datensicherheit mitbringen.

Acht von zehn Unternehmen erachten Datenschutzkenntnisse als wichtig. Kein Wunder: Vor allem beim Arbeiten im Homeoffice stellen Cyberangriffe ein hohes Risiko für die Betriebe dar. Im Jahr 2020 entstand den Unternehmen in Deutschland durch Cyberattacken auf Mitarbeiter, die zu Hause arbeiteten, ein Schaden von etwa 52,5 Milliarden Euro – das

entspricht fast einem Viertel des Gesamtschadens von Unternehmen durch Cyberkriminalität im selben Jahr.

Aus betrieblicher Perspektive besteht also dringender Handlungsbedarf in puncto Datensicherheitsschulung. Und dem kommen die ausbildenden Unternehmen auch nach: Rund 70 Prozent der Betriebe vermittelten im Jahr 2021 ihren Azubis bereits intensiv Datensicherheitskenntnisse.

Da Datenschutz aber nicht erst nach der Schule relevant ist, ist es begrüßenswert, dass einige Bundesländer nun das Fach Informatik in den Lehrplan aufgenommen haben: In Niedersachsen ist Informatik ab diesem Schuljahr an 50 Schulen Pflichtfach, im nächsten Schuljahr erhalten alle Zehntklässler Informatikunterricht. In Schleswig-Holstein und Thüringen ist dies ebenfalls geplant. Die Länder folgen dabei Mecklenburg-Vorpommern, wo das Fach Informatik ab der fünften Jahrgangsstufe im Lehrplan steht. Und in Hessen wird das Schulfach „Digitale Welt“ als Pilotprojekt eingeführt, das die Durchdringung aller Lebensbereiche mit digitalen Technologien thematisiert.

Azubis: So steht es um ihre digitalen Kenntnisse

So viel Prozent der Ausbilder respektive Personalverantwortlichen finden, dass ihre Auszubildenden in diesen digitalen Kompetenzen gute Vorkenntnisse haben

Probleme bei der Anwendung von digitalen Technologien lösen	75
Informationen mittels digitaler Technologie teilen	68
Angemessen mit Kollegen, Kunden und Geschäftspartnern kommunizieren	65
Digitale Tools zur Zusammenarbeit im Team nutzen	60
Informationen im Internet recherchieren und Quellen bewerten	59
Digitale Medien für den eigenen Lernprozess nutzen	57
Gängige Software anwenden können	55
Grundkenntnisse der Informatik	28
Kenntnisse zu Datensicherheit und Datenschutz	16

Befragung von 666 Ausbilderinnen und Ausbildern zwischen Februar und Mai 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 86/2022

Susanne Seyda, Paula Risius: Auszubildende haben großen Nachholbedarf in Sachen Datenschutz
[iwkoeln.de/nachholbedarf-datenschutz](https://www.iwkoeln.de/nachholbedarf-datenschutz)

Interview. Obwohl die Corona-Pandemie zu Lernrückständen bei den Auszubildenden geführt hat, warnt **Paula Risius** davor, Teile der dualen Berufsausbildung verpflichtend zu digitalisieren. In manchen Berufen sei das schwer umsetzbar, findet die Researcherin für digitale Bildung und Fachkräftesicherung im IW.

„Es wundert mich wenig, wenn nicht alle ‚Juhu‘ schreien“

Immer weniger Schulabsolventen wollen eine duale Berufsausbildung machen. Hat Corona diesen Trend noch verstärkt?

Das ist schwer zu beantworten, weil die Datenlage dazu dünn ist. Aber es ist schon so, dass sich die Unternehmen fragen, wo all die jungen Leute hin sind. Wir sehen sie weder bei den Ausbildungsanfängern, noch haben wir sonderlich stark steigende Studienanfängerzahlen. Es sind zwar ein paar mehr junge Leute auf dem Arbeitsmarkt, aber wo die Schulabgänger wirklich bleiben, lässt sich derzeit nicht sagen.

Trotz Pandemie bietet jedes dritte ausbildende Unternehmen seinen Azubis keine Möglichkeit des Distanzlernens an. Das erscheint nicht sonderlich vorausschauend.

In manchen Unternehmen ist Remote-Arbeit schwer umsetzbar. Wenn man beispielsweise an Tätigkeiten im Verkauf denkt, in der Pflege, in Arztpraxen – wie soll das remote funktionieren? Viele Arbeiten müssen nun mal vor Ort stattfinden. Deswegen wundert es mich wenig, wenn nicht alle Betriebe „Juhu“ schreien, wenn sie remote ausbilden sollen. Digitale Lernangebote wiederum können natürlich auch

dort genutzt werden – das bietet oft sogar mehr Möglichkeiten als analoges Lernen.

Viele Unternehmen unterstützen ihre Azubis darin, coronabedingte Lernrückstände aufzuholen. Was tun die Betriebe, damit nicht erneut Wissenslücken entstehen, falls es wieder zu Einschränkungen kommt?

Die Sensibilität der Unternehmen für das Thema Lernrückstände ist definitiv gestiegen und viele Betriebe – sicherlich auch solche, bei denen Distanzlernen nicht gut möglich ist – haben sich zwischenzeitlich überlegt, was man zusätzlich online anbieten kann, um Lernauffälle möglichst gering zu halten.

Sollte es in Deutschland eine Pflicht geben, zumindest Teile der Berufsausbildung generell zu digitalisieren?

Davon halte ich nichts, denn für manche Berufe und Unternehmen ist das kaum praktikabel. Außerdem haben auch nicht alle Azubis ein geeignetes digitales Endgerät oder eine ungestörte Umgebung, um digital lernen und arbeiten zu können. Es würden also nicht alle Auszubildenden adäquat von zu Hause aus lernen können.

Die Auszubildenden selbst sind meist online-affin. Was könnten

die Betriebe in dieser Hinsicht von den jungen Leuten lernen?

Ganz viel! Grundsätzlich können Unternehmen von ihrem Nachwuchs Offenheit lernen – für neue Trends und neue Technik etwa. Betriebe, die beispielsweise Schwierigkeiten haben, Azubis zu rekrutieren, könnten auf ihre bereits vorhandenen Azubis zurückgreifen, weil die viel Zeit in den sozialen Medien verbringen und im Gefühl haben, was dort gut funktioniert und was nicht.

Viele Azubis sind ihren Ausbildern und Berufsschullehrern bei der Anwendung digitaler Technologien höchstwahrscheinlich überlegen. Was spricht dagegen, die Auszubildenden hier regelmäßig und als fest verankerten Bestandteil im Ausbildungsplan zum Lehrmeister zu machen?

Nichts spricht dagegen, Reverse Mentoring ist sogar recht beliebt: 44 Prozent der Ausbilder geben an, dass sie diese Lernform regelmäßig einsetzen. Kollegiales, also hierarchiefreies Lernen, wo beispielsweise Auszubildende anderen Auszubildenden etwas beibringen, beobachten sogar 74 Prozent der von uns befragten Ausbilder. Das Lernen voneinander wird in den Betrieben also zunehmend gelebt.



Foto: IW Medien

In der Abwärtsspirale

Russland. Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Welt politisch und ökonomisch verändert. Die westlichen Staaten koppeln sich zunehmend von Russland ab. Die Sanktionen sowie die Tatsache, dass Russland vor allem Rohstoffe exportiert, werden das Land mittelfristig weit zurückwerfen.

Der 24. Februar 2022 war der Beginn einer Zeitenwende. Durch seinen Angriffskrieg auf die Ukraine hat Russland die Weltordnung erschüttert. Westliche Staaten reagierten vor allem mit Sanktionen gegen Russland und unterstützen seither die Ukraine mit Geld und Waffenlieferungen.

Die Abkopplung des Westens führt dazu, dass sich die verbliebenen politischen und wirtschaftlichen Optionen für Russland auf China, Indien, die Türkei und einige Rand-

staaten beschränken. Der Effekt lässt sich bereits auf der Importseite feststellen (Grafik Seite 7):

Die Ausfuhren aus Kanada nach Russland sind im Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 98 Prozent zurückgegangen.

Auch die USA, das Vereinigte Königreich und die EU lieferten deutlich weniger. Interessant: Auch die Exporte aus China nach Russland sind stark gesunken, was darauf hinweist, dass das Land nicht systematisch die Sanktionen des

Westens unterläuft. Einzig die Türkei und die ehemaligen Sowjetstaaten bauten den Handel zu Russland aus. Das reicht aber bei Weitem nicht aus, um die Einbußen im Handel mit anderen Partnern auszugleichen.

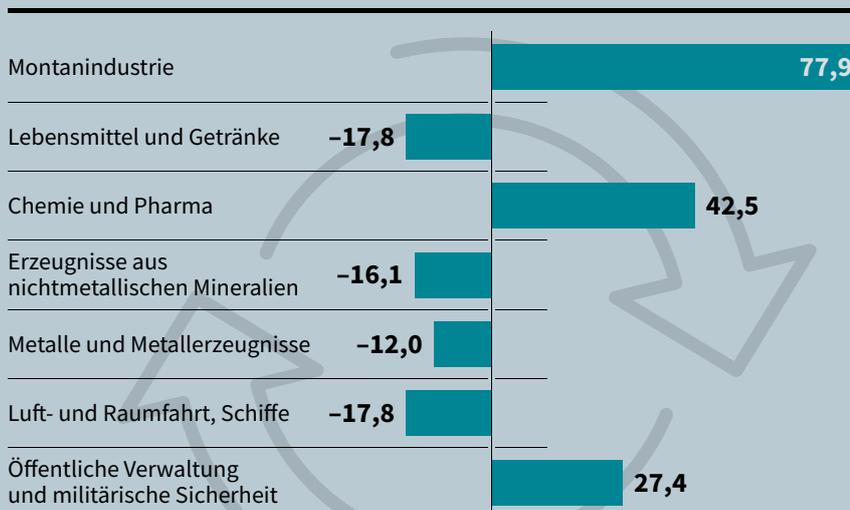
Während bei geopolitischen Konflikten in der Vergangenheit Russland weiter Erdgas und Öl nach Europa lieferte, gehen Experten davon aus, dass der aktuelle Ausfuhrstopp lang anhaltend sein wird. Nach Ansicht vieler Ökonomen werden die Sanktionen des Westens, die zum Teil schon wirken, in einigen Jahren beispiellose Effekte auf die russische Volkswirtschaft haben. Europa fällt als Absatzmarkt für russische Gas-, Öl- und Kohleexporte unwiederbringlich aus und gleichzeitig wird Russland ohne wichtige Hochtechnologieimporte aus dem Westen auskommen müssen.

Für die Russen kommt erschwerend hinzu, dass sie ihre Volkswirtschaft zuletzt stark auf den Rohstoffsektor konzentriert haben. Die Montanindustrie, also der Abbau und die Verarbeitung von Rohstoffen wie Gas und Öl, nimmt eine herausragende Stellung ein. Sie ist Moskaus wichtigste Quelle sowohl für Deviseneinnahmen als auch für die wirtschaftliche Entwicklung und trägt so maßgeblich zum Wohlstand bei.

Und die Abhängigkeit Russlands von diesem Wirtschaftszweig hat sich in den vergangenen 20 Jahren noch vergrößert (Grafik):

Strukturwandel in Russland: Abhängigkeit von Rohstoffen gestiegen

Anteil dieser Branchen am Wachstum der russischen Bruttowertschöpfung von 2003 bis 2021 in Prozent



Das russische Bruttoinlandsprodukt ist von 2003 bis 2021 um 62 Prozent gewachsen
Montanindustrie: Bergbau, Herstellung von Koks und Mineralölprodukten
Branchenauswahl

Quelle: Rosstat
© 2022 IW Medien / iwd

Von 2003 bis 2021 steuerte die Montanindustrie nahezu 80 Prozent zum Wachstum der russischen Wirtschaft bei.

Ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung stieg von 9 auf 15 Prozent – damit ist sie die wichtigste Industriebranche in Russland.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Exporten wider. Anfang des Jahrtausends machten fossile Brennstoffe 43 Prozent der russischen Wareneinfuhren aus, im Jahr 2021 lag ihr Anteil bei 53 Prozent.

Unabhängig von den Sanktionen kann eine solche Fokussierung auf den Rohstoffsektor für eine Volkswirtschaft zum Problem werden und eine De-Industrialisierung einleiten. Ökonomen bezeichnen das als „holländische Krankheit“: Die verlockend hohen Gewinne im Rohstoffsektor führen dazu, dass Ressourcen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und der Landwirtschaft in den boomenden Sektor verlagert werden. Dort steigen die Löhne stark, was eine weitere Abwanderung von Beschäftigten aus den lahmen Industrien in den Rohstoffsektor zur Folge hat. Auch der Dienstleistungs-

sektor floriert, weil er indirekt von den hohen Einnahmen der Rohstoffbranche über den Konsum profitiert.

Zusätzlich sinken durch die Aufwertung der heimischen Währung aufgrund von Devisenzuflüssen die Kosten für Importwaren, sodass inländische Güter Stück für Stück durch Einfuhren ersetzt werden.

In Russland sind erste Anzeichen dieser „holländischen Krankheit“ klar zu erkennen: Zwischen 2003 und 2021 gewann die Montanindustrie etwa 230.000 Arbeitsplätze hinzu, dagegen verlor das Verarbeitende Gewerbe mehr als 2,8 Millionen Arbeitsplätze. Die eindeutige Gewinnerbranche ist der Dienstleistungssektor mit einem Plus von knapp zehn Millionen Beschäftigten.

Die Zuwächse in der Chemie- und Pharmaindustrie sowie der Metallbranche scheinen der These der De-Industrialisierung Russlands zu widersprechen – aber nur auf den ersten Blick. Nach der rechtswidrigen Annexion der Krim 2014 setzte Putin aufgrund erster ausländischer Sanktionen auf eine industrielle Importeinschränkung und eigene Industrieproduktion. Zwar wuchsen

so die oben genannten Sektoren, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit litten jedoch.

Und Russland steht noch vor einem weiteren Zukunftsproblem:

Der selbst angezettelte Ukraine-Krieg und die angeordnete Teilmobilmachung hat viele gut ausgebildete Russen dazu bewogen, das Land zu verlassen.

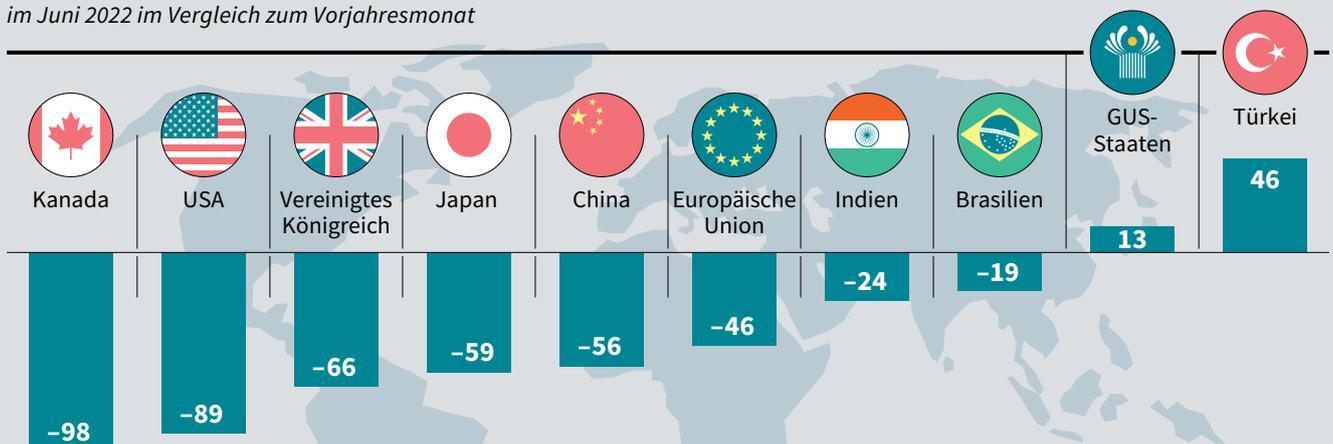
Ökonomen sprechen in so einem Fall vom „Braindrain“. Durch die Auswanderungen geht wichtiges Wissen für die Wirtschaft verloren. Für Russland sind aufgrund all dieser Aspekte erhebliche Wohlstandsverluste zu erwarten. Die Wirtschaft wird mit niedrigeren Standards und Produktqualitäten auskommen müssen. Den russischen Präsidenten wird diese Misere wohl trotzdem nicht von seiner selbst ernannten historischen Mission abbringen.

IW-Report 51/2022

Simon Gerards Iglesias, Michael Hüther: Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt – zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft iwkoeln.de/russland

Russische Importe brechen ein

Um so viel Prozent stiegen oder sanken die Exporte aus diesen Ländern und Regionen nach Russland im Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat



GUS-Staaten: ehemalige Sowjetrepubliken, Datenstand Mai 2022; Länderauswahl

Quelle: Macrobund, UN Comtrade © 2022 IW Medien / iwd

Es gibt auch andere Lieferländer

Rohstoffe. Politisch überwiegend stabil, reich an Bodenschätzen – die lateinamerikanischen Staaten bieten sehr gute Voraussetzungen für intensive Kooperationen. Deutschland und die EU könnten und sollten ihre Wirtschaftsbeziehungen in Zeiten globaler Krisen mit den Ländern Mittel- und Südamerikas stärken.

Wandel durch Handel – auf dieses Prinzip vertrauend, haben Deutschland und der Rest der EU ihre Wirtschaftsbeziehungen zu autoritären und staatskapitalistischen Ländern in der Vergangenheit aufgebaut. Doch die Konfrontation mit Russland im Zuge des Ukraine-Kriegs und die zunehmenden Probleme mit China haben gezeigt, dass die Grundidee doch eher Wunschdenken war.

Das Problem für Europa: Rohstoffe, die für viele Industrieprodukte unverzichtbar sind, kommen hier kaum

vor und müssen importiert werden. Dafür braucht es verlässliche Partner. Eine Lösung könnte in Lateinamerika liegen. Die meisten der dortigen Staaten sind politisch stabil: 16 von 21 erreichen im Global Freedom Status mittlere bis hohe Werte. Und die kritischen Rohstoffe sind dort reichlich vorhanden (Grafik):

Chile verfügt allein über fast 42 Prozent der weltweiten Lithiumreserven.

Das Material wird zum Beispiel für Smartphone-Akkus und E-Auto-Batte-

rien benötigt. Das Nachbarland Peru ist ebenfalls reich an Bodenschätzen: Es verfügt über knapp ein Siebtel der Vorkommen an Selen, das sowohl in der Chemie- als auch der Elektronikindustrie gebraucht wird, und sitzt auf mehr als einem Fünftel des weltweit vorhandenen Silbers.

Zwar bestehen bereits Partnerschaften mit Ländern in Mittel- und Südamerika. So sind südamerikanische Staaten für Europa schon lange die wichtigsten Rohstofflieferanten von Kautschuk, Salpeter oder Holz. Deutschland und die EU sind aber gut beraten, die Handelsbeziehungen für kritische Rohstoffe zu vertiefen.

Auch für die Staaten jenseits des Atlantiks lohnt sich die Kooperation:

Der Export von Rohstoffen ist für viele südamerikanische Länder der größte Posten in ihrer Außenhandelsbilanz.

Engere Wirtschaftsbeziehungen sind für Europa auch aus politischer Sicht wichtig. Schließlich versucht China seit Längerem, seinen Einfluss in Südamerika durch Investitionen zu stärken. Die EU könnte vor allem mit der Ratifizierung des Mercosur-Abkommens ein starkes Signal senden und ihren Grundsatz von Wandel durch Handel in Wandel durch Investitionen abändern.

Rohstoffreiches Lateinamerika

So viel Prozent der weltweiten Förderung beziehungsweise der weltweiten Reserven von ... sind in diesen Ländern zu verorten

	Land	Förderung	Reserven
... Lithium	Chile	26,0	41,8
	Argentinien	6,2	10,0
... Eisen	Brasilien	14,6	18,9
... Silber	Peru	12,5	22,6
... Molybdän	Peru	10,7	14,4
	Mexiko	6,0	0,8
... Zinn	Peru	10,0	3,1
	Brasilien	7,3	8,6
	Bolivien	6,0	8,2
... Graphit	Brasilien	6,8	21,9
... Erdöl	Brasilien	3,7	0,7
	Venezuela	0,8	17,5
... Kobalt	Kuba	2,3	6,6
... Selen	Peru	2,0	13,0

Erdölreserven: Stand 2020

Quellen: BP, U.S. Energy Information Administration, U.S. Geological Survey
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 81/2022

Simon Gerards Iglesias: Rohstoffpartnerschaft mit Lateinamerika: Kooperationen in Zeiten globaler Krisen
iwkoein.de/rohstoffpartnerschaft

Neuwahl nach Nerzdebakel

Dänemark. Am 1. November wählt Dänemark ein neues Parlament – rund sieben Monate vor dem regulären Wahltermin. Mit der Ankündigung des Urnengangs kam die amtierende Regierungschefin Mette Frederiksen einem Misstrauensvotum zuvor. Ihr Stolperstein: eine groß angelegte Nerzkeulung.

Im Alter von 41 Jahren war Mette Frederiksen 2019 als jüngste Ministerpräsidentin der dänischen Geschichte angetreten, um das skandinavische Land mit einer Minderheitsregierung der Sozialdemokraten nach vorne zu bringen. Dann kam die Corona-Pandemie und die Landeschefin nahm wie viele ihrer europäischen Amtskollegen die Rolle der Krisenmanagerin ein.

Sie kooperierte mit der Opposition, um Dänemark mit einem liberalen Kurs durch die Pandemie zu steuern – was mit Blick auf die Wirtschaft sehr gut gelungen ist (Grafik):

Nach einem relativ moderaten Rückgang um 2 Prozent im Pandemiejahr 2020 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt Dänemarks im vergangenen Jahr wieder um fast 5 Prozent.

In einem weltweiten Länder-ranking, das die wirtschaftlichen Gewinner und Verlierer der Corona-Krise zeigt, landete Dänemark 2021 auf Rang eins.

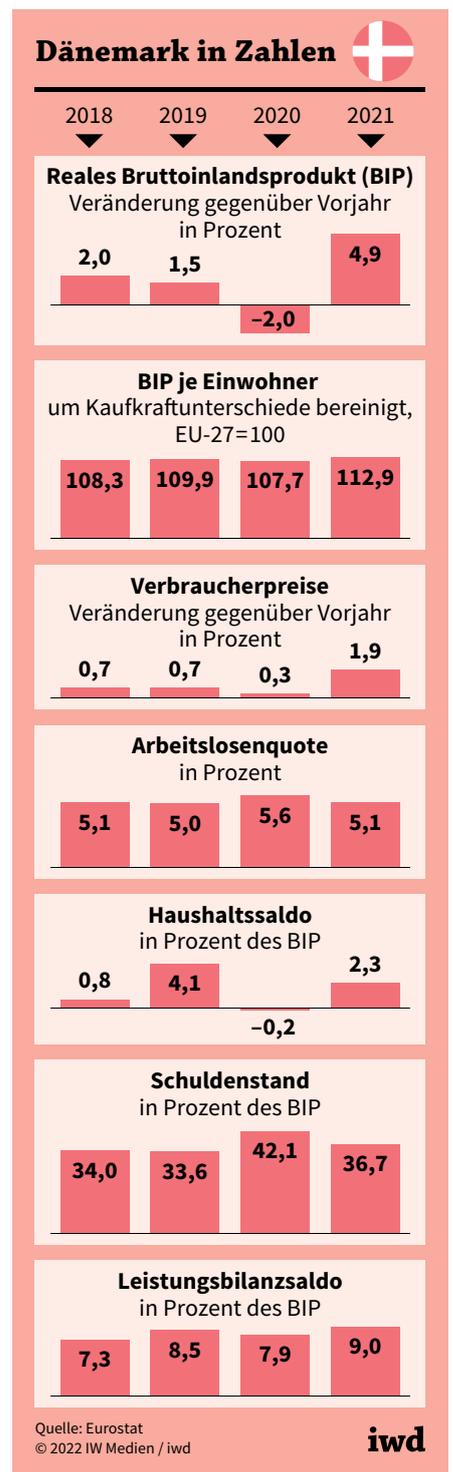
Dänemark kann zudem eine geringe Arbeitslosenquote, einen niedrigen Schuldenstand und einen soliden Haushalt vorweisen. Warum also der vorgezogene Urnengang? Die Antwort lautet schlicht: Nerze. Im Zuge der Pandemie kam der Verdacht auf, dass sich das Coronavirus von den Tieren auf die Menschen übertragen habe, woraufhin die Regierungschefin die Keulung von 15 Millionen Tieren anordnete. Bis zu

diesem Zeitpunkt war Dänemark einer der Weltmarktführer in der Pelzproduktion. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die Rechtsgrundlage für die Tötung der Tiere fehlte. Dies sorgte für eine Regierungskrise mit Folgen: Der zuständige Minister trat zurück, Frederiksen erhielt im Parlament einen Rüffel und die Androhung eines Misstrauensvotums – dem sie mit den Neuwahlen zuvorkam.

Wie es nun nach dem 1. November politisch in Dänemark weitergeht, ist schwer vorauszusehen.

Umfragen prognostizieren ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Mitte-links-Block von Frederiksen und einem Bündnis aus rechten und bürgerlichen Parteien.

Entscheidend dürfte sein, welcher Block die meisten Stimmen an die Parteien am äußeren Rand abgeben muss. Zudem prägen aktuell viele Abspaltungen und Neugründungen die dänische Parteienlandschaft, die Eintrittshürde für das Parlament, den Folketing, liegt bei nur 2 Prozent. Für die künftige Regierung wird es jedenfalls nicht leicht: Die Inflation war im September mit 11 Prozent so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Und auch wenn Dänemark längst nicht so abhängig von Erdgas ist wie Deutschland, schauen die Dänen mit gemischten Gefühlen auf den Winter. Zudem steht die Wiederaufrüstung von Heer und Flotte bevor, um vor allem für Sicherheit in der Ostsee und der Arktis zu sorgen.



Umsteuern oder aufhören?

Mittelstand. Die Energiekrise trifft jeden, besonders hart allerdings die energieintensiven industriellen Mittelständler in Deutschland. Hohe Strom-, Gas- und Rohstoffpreise bringen mittlerweile neun von zehn mittelständischen Unternehmen in die Bredouille.

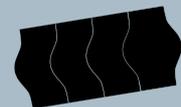
Auch wenn Deutschland das Land der Hidden Champions ist (siehe iwd 20/2022): Die meisten industriellen Mittelständler zählen nicht zu den heimlichen Weltmarktführern, selbst wenn sie größtmäßig oberhalb der

EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen liegen – also mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen und auch mehr als 50 Millionen Euro im Jahr umsetzen. Viele von ihnen besitzen als Zulieferer von Groß-

unternehmen etwa in der Autoindustrie keine herausragende Marktstellung, sondern produzieren qualitativ gute, aber mehr oder weniger austauschbare Güter mit geringen Gewinnmargen.

Energie- und Rohstoffpreise: So reagiert der Mittelstand

Die aktuelle Preisentwicklung beeinflusst so viel Prozent der Unternehmen in dieser Weise bei ihren Planungen mit Blick auf den Standort



Wir planen Investitionen nur in Deutschland

48

Wir denken konkret über eine zeitnahe Verlagerung von Unternehmensteilen/Arbeitsplätzen ins Ausland nach

17

Wir bleiben im aktuellen Umfang in Deutschland, planen neue Investitionen aber nur noch im Ausland

12

Wir haben aktuell die Produktion in Deutschland gedrosselt oder ganz unterbrochen

9

Wir sind bereits dabei, Unternehmensanteile/Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern

8

Wir denken über eine Verlagerung des gesamten Unternehmens ins Ausland nach

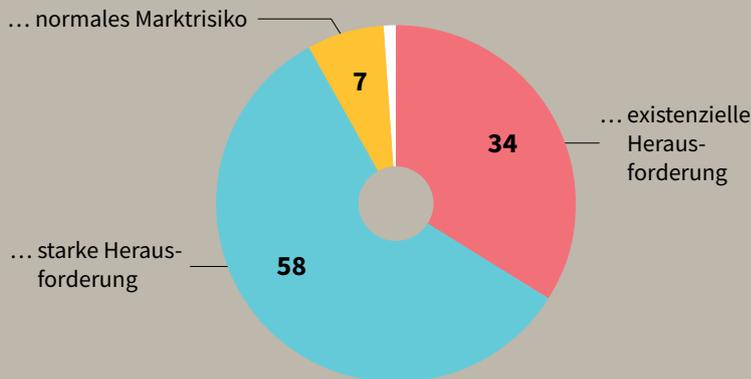
4

Befragung von 593 mittelständischen Unternehmen vom 17. August bis 4. September 2022

Quelle: Bundesverband der Deutschen Industrie
© 2022 IW Medien / iwd

Mittelstand: Für neun von zehn ist die Preisentwicklung ein Problem

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland betrachten die gestiegenen Preise für Energie und Rohstoffe als ...



Rest zu 100: Sonstiges
Befragung von 593 mittelständischen Unternehmen vom 17. August bis 4. September 2022

Quelle: Bundesverband der Deutschen Industrie
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Diese Ersetzbarkeit macht den Betrieben in Krisenzeiten zu schaffen, denn ihre Produkte können genauso gut von anderen, im Zweifel günstigeren, ausländischen Lieferanten bezogen werden. Weil die Kalkulation vieler hiesiger Unternehmen aus der Zeit vor dem rasanten Anstieg der Gas- und Strompreise stammt, müssen sie nun Aufträge zu Preisen abwickeln, die aufgrund des Kostenanstiegs zu einem Verlust führen. Denn die extrem hohen Energiekosten können nur zum Teil durch Nachverhandlungen an Kunden weitergegeben werden.

Wie stark ein Betrieb von den jüngsten Steigerungen der Energiepreise betroffen ist, hängt naturgemäß davon ab, wie energieintensiv das jeweilige Unternehmen produziert. Zu den am stärksten betroffenen Betrieben in Deutschland zählen die annähernd 600 heimischen Gießereien. Um die Energiepreisexplosion aufzufangen, müssten die Verkaufspreise für Gussprodukte derzeit um bis zu 50 Prozent angehoben werden.

Doch es sind nicht nur die Gießereien, die unter den hohen Energiekosten leiden. In einer Befragung des industriellen Mittelstands durch den Bundesverband der Deutschen Industrie gaben rund 90 Prozent der Unternehmen an, dass die aktuellen Preisentwicklungen ein ernsthaftes Problem für sie darstellen (Grafik):

Die drastisch gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise sind für 58 Prozent der Mittelständler eine starke, für 34 Prozent sogar eine existenzielle Herausforderung.

Die Krux: Die Möglichkeiten zum Gegensteuern sind begrenzt. Zwar planen 28 Prozent der Unternehmen mittelfristig einen Brennstoffträgerwechsel, um unabhängiger von Gas zu sein, doch 37 Prozent sehen hierzu keine Möglichkeit – sie sind weiterhin auf Erdgas angewiesen. Und auch Öl, das bereits von 10 Prozent der Unternehmen anstelle von Gas verwendet wird, hat sich stark verteuert. Das Gleiche gilt für Strom, auf den 5 Prozent der befragten Betriebe aktuell umstellen.

Was folgt daraus? Fast jedes zehnte Unternehmen ist bereits der Empfehlung des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck gefolgt und hat die Produktion in Deutschland gedrosselt oder unterbrochen. Für die Zukunft verheißt das nichts Gutes, denn aus einer Unterbrechung kann eine Verlagerung oder Schließung werden (Grafik Seite 10):

Etwa ein Viertel der befragten Unternehmen hat Pläne, Unternehmensteile oder Teile der Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, oder ist bereits dabei.

Weitere 4 Prozent der Betriebe denken sogar über eine Verlagerung des gesamten Unternehmens ins Ausland nach.

Besonders problematisch ist, dass aufgrund der Preissteigerungen auch der technische Fortschritt und die Nachhaltigkeit leiden. Rund 40 Prozent der Unternehmen müssen wegen der hohen Energie- und Rohstoffpreise Investitionen in die ökologische und digitale Transformation vorerst zurückstellen. Nur bei 20 Prozent der Betriebe führt die aktuelle Preisentwicklung zu beschleunigten ökologischen Investitionen; digitale Investitionen werden sogar nur von 13 Prozent der Unternehmen forciert.

Danach befragt, wie die Politik den mittelständischen Unternehmen helfen und zugleich die Standortqualität stärken könnte, kristallisieren sich vor allem drei Maßnahmen heraus: Eine Begrenzung der Energiekosten, wie sie die Gaspreisbremse für Unternehmen zum 1. Januar 2023 bringen soll, wünschen sich 64 Prozent der Betriebe. Doch fast genauso wichtig ist den Betrieben mit jeweils 58 Prozent Zustimmung ein spürbarer Abbau der Bürokratie, verbunden mit einer besseren Rechtssetzung und Maßnahmen zur Beseitigung des Fachkräftemangels.

Was bringt der Wumms?

Staatshilfen. Mit drei Entlastungspaketen will die Bundesregierung die Energiepreiskrise abfedern. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Hilfen auch da ankommen, wo sie gebraucht werden. Das IW hat die Effekte der Maßnahmen in Zahlen umgemünzt.

Nicht kleckern, sondern klotzen: Unter diesem Motto hat die Bundesregierung drei Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um Haushalte und Unternehmen in der Gas- und Energiepreiskrise zu unterstützen. Tatsächlich lässt sich der Staat den „Wumms“ und „Doppel-Wumms“ einiges kosten: Insgesamt haben die Hilfen ein Volumen von 200 Milliarden Euro. Der größte Posten entfällt mit 96 Milliarden Euro auf die Gaspreisbremse, an zweiter Stelle

folgt mit 17 Milliarden Euro der Ausgleich der kalten Progression: Die steigende Inflation soll nicht dazu führen, dass die Bürger auch noch steuerlich stärker belastet werden.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Hilfen auch da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die Antwort: nicht immer. Denn von einigen Maßnahmen profitieren Gutverdiener deutlich mehr als Geringverdiener – etwa bei der Gaspreisbremse: Wer sich eine

große Wohnung leisten kann und mehr Energie verbraucht, wird auch stärker entlastet.

Insgesamt erhalten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Singles mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von 25.000 Euro durch die drei Entlastungspakete 1.510 Euro an Hilfen; Besserverdiener mit einem Bruttoeinkommen von 75.000 Euro rund 2.689 Euro. Bei Familien schlagen die Maßnahmen deutlich stärker zu Buche (Grafik):

Eine vierköpfige Familie mit einem jährlichen Einkommen von 45.000 Euro wird um 3.552 Euro entlastet, eine Familie mit 75.000 Euro Einkommen um 4.647 Euro.

Einerseits zeigen die Beispiele, dass die Privathaushalte wirklich entlastet werden – ein wichtiger Schritt angesichts der hohen Inflation und Energiepreise. Andererseits wird eher mit der Gießkanne als gezielt verteilt.

Für Unternehmen ist die Situation derweil noch unsicherer. Von den Entlastungspaketen profitieren zwar auch Betriebe – ob dies ausreicht, ist aber völlig unklar. Bedroht ist vor allem der Mittelstand, schon jetzt bangen energieintensive Betriebe wie Bäckereien oder Papier verarbeitende Unternehmen um ihre Existenz. Weitere Maßnahmen wie die flächendeckende Stundung von Steuerzahlungen oder die Erstattung von Vorauszahlungen wären also sinnvoll. Damit könnte der Staat die Liquidität der Betriebe möglichst schnell verbessern.

Wie der Staat hilft

Um so viel Euro kann eine vierköpfige Familie durch folgende Maßnahmen entlastet werden

		Bruttohaushaltseinkommen		
		45.000	60.000	75.000
Entlastungspakete 1 und 2	Erhöhung Grundfreibetrag auf 10.347 Euro	69	69	69
	Erhöhung Werbungskostenpauschale auf 1.200 Euro	51	56	62
	Energiepreispauschale (einmalig)	448	432	413
	Kinderbonus (einmalig)	200	200	200
	Tankrabatt (3 Monate)	25	25	25
	Abschaffung der EEG-Umlage (6 Monate)	76	76	76
Entlastungspaket 3	Ausgleich kalte Progression zum 1.1.2023 (Annahme: Inflationsrate von 8,8 Prozent)	352	442	568
	Kindergelderhöhung zum 1.1.2023	432	432	432
	Steuerfreie Rentenbeiträge	163	251	351
	Strompreisbremse	308	308	308
	Gaspreisbremse	1.428	1.785	2.142
Insgesamt		3.552	4.076	4.647
in Prozent des Bruttoeinkommens		7,9	6,8	6,2

Familie: befindet sich in Steuerklasse 3, zahlt keine Kirchensteuer, ist gesetzlich krankenversichert, fährt mit dem Auto 1.000 Kilometer pro Monat, hat einen durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch; Wohnungsgröße und Energieverbrauch steigen mit dem Bruttoeinkommen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Hohe Erwartungen

Energiekrise. Die Menschen in Deutschland leiden unter hohen Preisen für Strom und Gas – und fordern Hilfe von der Politik. Eine Befragung von SINUS-Institut und IW zeigt, dass mehrheitlich Unterstützung für einkommensschwache Haushalte gewünscht ist. Die höchsten Forderungen nach Transferleistungen kommen hingegen aus der Mitte der Gesellschaft.

Ob Finanz- oder Corona-Krise – die deutsche Bevölkerung ist bislang wirtschaftlich relativ unbeschadet durch schwierige Zeiten manövriert worden. Doch in der aktuellen Energiekrise sind Wohlstandsverluste, auch in der Mitte der Gesellschaft, unausweichlich. Entsprechend gibt es Verteilungskonflikte.

Was sich die Bürger von der Politik an Hilfen wünschen, haben das SINUS-Institut und das IW in einer repräsentativen Online-Befragung in den ersten beiden Septemberwochen erhoben. Das Ergebnis ist erst mal eindeutig:

Nur 12 Prozent der Befragten sagten, der Staat habe bereits ausreichende Maßnahmen ergriffen.

Bemerkenswert ist dabei: Die Verkündung des dritten Entlastungspakets hatte auf diese Einschätzung keinen Einfluss.

Bei der Frage, wem geholfen werden soll, gehen die Meinungen allerdings auseinander. 58 Prozent wünschen sich ausschließlich Entlastungen für Personen mit niedrigem Einkommen. Gerade in Haushalten mit Nettoeinkommen unter 1.500 Euro werden die Belastungen durch die hohen Energiekosten von 83 Prozent stark oder sehr stark wahrgenommen.

Die Befragten sollten zudem angeben, wie hoch ein staatlicher Zuschuss für sie ausfallen sollte (Grafik):

Während sich Menschen mit einem monatlichen Haushaltsein-

kommen bis 1.250 Euro Transferleistungen von 550 Euro wünschen, verlangen Personen mit einem Nettoeinkommen von 1.250 bis 3.000 Euro mit durchschnittlich 700 Euro deutlich mehr.

Gutverdiener fordern dagegen weniger Zuwendungen. Über alle Einkommen hinweg betragen die gewünschten Transfers 648 Euro. Hochgerechnet wären damit zusätzliche Staatsausgaben von knapp 26 Milliarden Euro verbunden.

Die Auswertung zeigt, dass vor allem in der Mitte der Gesellschaft

weniger Bereitschaft zu finanziellen Zumutungen besteht. Tatsache ist aber, dass der Staat die Mehrkosten der Energiekrise nicht dauerhaft kompensieren kann: Die heutigen Entlastungen sind für die Mittelschicht die Belastungen von morgen. Diese Erkenntnis dürfte bei vielen noch nicht angekommen sein.

IW-Kurzbericht 82/2022

Matthias Diermeier, Tim Gensheimer, Judith Niehues, Silke Borgstedt: Energiepreise – Teure Forderungen aus der Mitte der Bevölkerung
iwkoeln.de/energiepreise

Hohe Entlastungswünsche aus der Einkommensmitte

Bürger mit diesem bedarfsgewichteten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen wünschen sich folgende einmalige Transferleistungen vom Staat, in Euro

- Forderung einmaliger Transfers
- Forderung einmaliger Transfers mit Zustimmung, dass nur Niedrigeinkommen entlastet werden
- Monatlich erwartete Zusatzkosten durch die gestiegenen Energiepreise für den eigenen Haushalt

Bis 1.250 Euro	1.250 bis 1.750 Euro	1.750 bis 2.250 Euro	2.250 bis 3.000 Euro	Ab 3.000 Euro
550	725	686	712	549
548	688	676	682	529
216	200	228	215	241

Befragung von 2.010 Bundesbürgern
Quellen: SINUS-Institut, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Patente Migranten

Innovationen. *Erfindergeist ist für Deutschland und seine Wirtschaft von großer Bedeutung. Immer mehr Patente gehen dabei auf das Konto von Bürgern mit Migrationshintergrund, wie eine Auswertung der IW-Patentdatenbank zeigt. In vielen Unternehmen weist die Herkunft der Mitarbeiter, auf die Patentanmeldungen zurückgehen, eine hohe Diversität auf.*

Mit der zündenden Idee fängt es an. Doch wer von seiner eigenen Erfindung profitieren will, lässt sie sich am besten erst einmal patentieren. Das gilt für Privatleute ebenso wie für Unternehmen. Hierzulande ist dafür das Deutsche Patent- und Markenamt in München zuständig. Die Daten der Behörde hat das Institut der deutschen Wirtschaft genutzt, um eine umfangreiche Patentdatenbank zu entwickeln.

In einer Studie haben nun die IW-Forscher die Herkunft der jeweiligen Patentanmelder unter die Lupe genommen. Da das Deutsche Patent- und Markenamt keine soziodemografischen Informationen zu den Erfindern veröffentlicht, haben die Forscher sie mittels eines Vornamensmoduls einem oder mehreren von 24 unterschiedlichen Sprachräumen zugeordnet. Das Modul enthält insgesamt gut 39.000 verschiedene Vornamen von in Deutschland lebenden Erfindern, die seit 1994 ein Patent angestrebt haben. Die neuesten Daten stammen bedingt durch Offenlegungsfristen aus dem Jahr 2019. Das Ergebnis der Auswertung (Grafik):

Der Anteil der Erfinder in Deutschland mit ausländischen Wurzeln hat sich von 2010 bis 2019

von 7,5 Prozent auf 12,2 Prozent erhöht.

Dafür ist nicht ein einzelner Sprachraum verantwortlich, vielmehr haben alle Sprachräume an Ideenreichtum zugelegt. Einige Regionen stechen dennoch heraus. So stiegen die Patentanmeldungen



Die Zahl der deutschen Patentanmelder geht zurück



von Angehörigen des asiatischen Sprachraums im betrachteten Zeitabschnitt um 179 Prozent, aus dem indischen Sprachraum gab es sogar ein Plus von 380 Prozent.

Diese positive Entwicklung ist eminent wichtig für den Standort Deutschland. Das verdeutlicht ein Blick auf die deutschen Patentanmelder. Ihre Zahl stagniert nämlich seit 2010 und ist zuletzt sogar gesunken. Gründe für den negativen

Trend sind die demografische Entwicklung in Deutschland und der Fachkräfteengpass in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen, welche hauptverantwortlich für Forschung und Entwicklung sind und damit auch für die meisten Patentanmeldungen.

Neben der Herkunft der Erfinder haben sich die IW-Forscher in ihrer Untersuchung auch angesehen, welche Unternehmen mit Blick auf die Herkunft ihrer Patentanmelder besonders divers aufgestellt sind. Um Verzerrungen zu vermeiden, wurden nur gewinnorientierte Unternehmen mit mindestens 50 Patentanmeldungen im Jahr 2019 berücksichtigt. Der Spitzenreiter liegt dabei deutlich vorn:

Im Konzern SAP gingen zuletzt fast 55 Prozent der Patentanmeldungen auf Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln zurück.

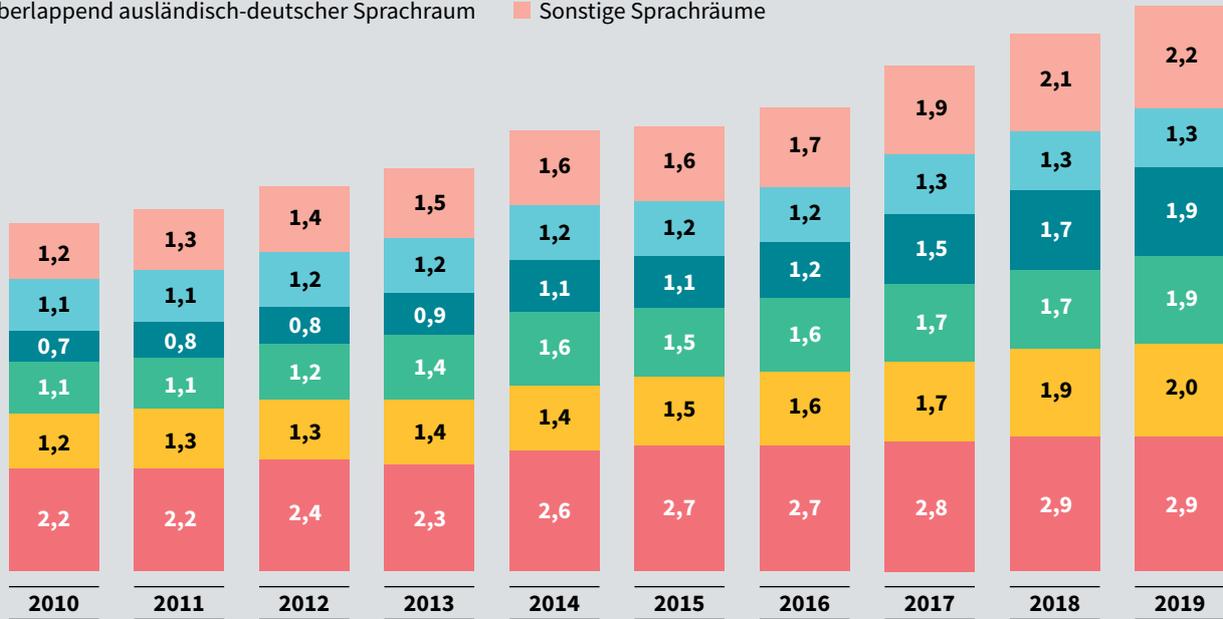
Der Automobilzulieferer Valeo Schalter und Sensoren GmbH kommt als zweitstärkstes Unternehmen auf annähernd 41 Prozent.

Unter den Non-/Low-Profit-Institutionen liegt die Max-Planck-Gesellschaft mit rund 26 Prozent knapp vor der Leibniz-Gemeinschaft mit gut 24 Prozent. In ihren Instituten setzt die Max-Planck-Gesellschaft schon

Erfinder in Deutschland: Häufiger mit ausländischen Wurzeln

So viel Prozent der Anmelder von nationalen und internationalen Patenten mit angestrebter Schutzwirkung in Deutschland lassen sich diesem Sprachraum zuordnen

- Ost- und südosteuropäischer Sprachraum
- Südeuropäischer und lateinamerikanischer Sprachraum
- Arabischer und türkischer Sprachraum
- Asiatischer Sprachraum
- Überlappend ausländisch-deutscher Sprachraum
- Sonstige Sprachräume



Ost- und südosteuropäischer Sprachraum: z. B. Albanisch, Bulgarisch, Russisch, Polnisch, Kroatisch, Ungarisch
 Südeuropäischer und lateinamerikanischer Sprachraum: z. B. Griechisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch
 Arabischer und türkischer Sprachraum: z. B. Arabisch, Farsi, Kurdisch, Türkisch
 Asiatischer Sprachraum: z. B. Hindi, Japanisch, Koreanisch, Mandarin, Vietnamesisch
 Sonstige Sprachräume: z. B. afrikanische Sprachen, Englisch, Französisch, Hebräisch

Quelle: IW-Patentdatenbank
 © 2022 IW Medien / iwd



lange erfolgreich auf eine internationale Belegschaft.

In der Hochschullandschaft ist die Diversität unter den Patentanmeldern dagegen nicht so stark ausgeprägt. Die 118 Hochschulen und Universitäten in Deutschland, die im Jahr 2019 patentaktiv waren, liegen mit einem Anteil der Patentanmelder mit ausländischen Wurzeln von rund 13 Prozent aber immerhin knapp

über dem Durchschnitt. Gleiches gilt für die Fraunhofer-Gesellschaft mit gut 12 Prozent. Auch hier geht jedes achte Patent auf eine Person mit Migrationshintergrund zurück.

Um auch in Zukunft innovativ und vielfältig zu sein, sollte die Politik weiter daran arbeiten, qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland zu ermöglichen beziehungsweise zu vereinfachen. Besonders in tech-

nisch-naturwissenschaftlichen Berufen können zusätzliche kreative Fachkräfte dazu beitragen, das deutsche Innovationssystem zu stärken.

IW-Kurzbericht

Maike Haag, Enno Kohlisch, Oliver Koppel: Innovation und Vielfalt: Migration verhindert Rückgang bei Patentanmeldungen iwkoeln.de/patente

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, enssberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

Tonnen Speisekürbisse wurden 2021 laut Statistischem Bundesamt in Deutschland geerntet, 14 Prozent mehr als 2020. In den vergangenen zehn Jahren stieg die geerntete Menge um rund 44 Prozent. Die Anbaufläche hat sich in der gleichen Zeit sogar fast verdoppelt und betrug 2021 gut 4.800 Hektar – das entspricht etwa 6.800 Fußballfeldern. Die meisten Kürbisse wurden in Bayern angebaut – fast ein Viertel der gesamten deutschen Anbaufläche lag 2021 im Freistaat. Den zweiten Platz belegt Nordrhein-Westfalen mit rund 1.000 Hektar.

Ein Großteil der Kürbisse wird von September bis Oktober geerntet. Bis dahin sind sie rund 100 Tage herangewachsen. Der eine oder andere schnitzt zu Halloween gern Furcht einflößende Grimassen in die Kürbisse. Die meisten landen aber auf dem Teller: Laut einer Civey-Umfrage aus dem Jahr 2021 ist Kürbis das drittliebste Wintergemüse der Bundesbürger – knapp hinter Möhren und Feldsalat. Jährlich wird hierzulande pro Kopf rund ein Kilogramm des orangefarbenen Fruchtgemüses gegessen. Das entspricht etwa einem handelsüblichen Hokkaidokürbis. Neben den heimischen Erzeugnissen kamen 2020 in Deutschland gut 18.000 Tonnen importierte Kürbisse in den Verkauf, die meisten davon stammten aus den Niederlanden, Spanien und Italien.

Top-Liste: Wo die Ältesten und die Jüngsten leben

Monaco ist der Staat der Reichen – und der Alten. Jeder zweite Bürger ist älter als 54 Jahre. Das liegt jedoch weniger an einer besonders gesunden Lebensweise der Monegassen als an den Steuervorteilen, die Millionäre anziehen. Auch Deutschland steht mit einem Medianalter – eine Hälfte der Bevölkerung ist jünger, die andere älter – von rund 45 Jahren auf der Seite der älteren Gesellschaften. Die jüngsten Bevölkerungen gibt es in Afrika. Im Niger ist mehr als die Hälfte der Menschen jünger als 15 Jahre. Generell gilt: Ob sehr alt oder sehr jung – beide Extreme können problematisch werden. In sehr jungen Gesellschaften sind, vor allem mit Blick auf Afrika, medizinische Versorgung und Bildung eine Herausforderung. Dominieren dagegen Senioren ein Land, geraten Arbeitsmarkt und Alterssicherung früher oder später in Schieflage.

Altes Europa, junges Afrika

So hoch war das Medianalter in diesen Staaten im Jahr 2022

Monaco	54,5
Japan	48,7
Italien	47,3
San Marino	46,8
Portugal	45,4
...	
Deutschland	44,8
...	
Somalia	15,2
Mali	15,2
Tschad	15,1
Zentralafrikanische Republik	14,7
Niger	14,5

Medianalter: Die eine Hälfte der Bevölkerung ist jünger, die andere älter

Quelle: Vereinte Nationen
© 2022 IW Medien / iwd